

Antrag N01: Stärkung und Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland

Antragsteller/in:	Senioren Union
Status:	angenommen
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	N - Innere Sicherheit

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert sich unverzüglich und nachdrücklich für die
- 2 Stärkung und Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland einzusetzen.

Begründung

Deutschland weist im Bereich des Zivil- und Bevölkerungsschutzes gravierende Defizite auf. Während milliardenschwere Investitionen in die militärische Verteidigung vorgenommen werden, bleibt der Schutz der Zivilbevölkerung im Krisenfall weitgehend unberücksichtigt.

Diese Vernachlässigung gefährdet nicht nur das Leben und die Gesundheit der Menschen in Deutschland – insbesondere der verletzlichen Gruppen wie Senioren, Kinder oder Kranke – sondern auch die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens in einer möglichen Notlage.

Die Realität ist ernüchternd: Es fehlt an Schutzräumen für die Bevölkerung, notwendige Vorräte an Lebensmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln sind nicht vorhanden. Die Kapazitäten im Gesundheitswesen sind bereits im Normalbetrieb überlastet – von der Krisenbewältigung ganz zu schweigen.

Die Liste lässt sich noch ergänzen: Es existieren kaum betriebsbereite Notunterkünfte, die Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen sind chronisch unterfinanziert und die freiwilligen Dienste werden weder ausreichend gewürdigt noch ausreichend gefördert.

Diese Situation ist nicht akzeptabel, zumal wir uns in einem sicherheitspolitisch instabilen Umfeld befinden. Spätestens mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist klar, dass auch Deutschland sich wieder auf konventionelle Bedrohungsszenarien einstellen muss – militärisch und zivil.

Die sogenannte "Zeitenwende" darf nicht auf die Bundeswehr beschränkt bleiben. Der Bevölkerungsschutz muss integraler Bestandteil jeder Sicherheitsarchitektur sein.

Zivilschutz ist nach Auffassung der Senioren-Union keine Nebensache. Er ist ein Ausdruck der Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgern – insbesondere gegenüber den besonders Schutzbedürftigen.

Die Senioren-Union sieht es als staatliche Pflicht, die Bevölkerung in Krisenlagen wirksam zu schützen.

Die Zeit zu handeln ist jetzt – nicht erst, wenn es zu spät ist.